

Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 20) und des Schulausschusses (Nr. 13) vom 24.02.2005

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II
Sitzungsdauer: 17:00 bis 19:55 Uhr

Den Vorsitz führte: MdR Bernd Bornemann

ANWESENDE:

Jugendhilfeausschuss

Stimmberechtigte Mitglieder

SPD

Ratsfrau Helga Grix
Ratsfrau Elfriede Meyer
Ratsherr Rico Mecklenburg (bis 19.30 Uhr)

CDU

Ratsherr Ihno Groeneveld
Ratsherr Werner Vollprecht

FDP

Ratsherr Holger Klaassen

Stimmberechtigte sonstige Mitglieder

Herr Wilhelm Grix
Frau Regina Meinen
Frau Marion Oelrichs-Brinkmann

Nichtstimmberichtigte Mitglieder

Bündnis 90/Die Grünen (Grundmandat)

Ratsherr Bernd Renken (bis 19.10 Uhr)

Beratende Mitglieder

Fachbereichsleiter Tom Sprengelmeyer
Stadtangestellter Eckard Kühl
Frau Ursula Henrich
Frau Ingrid van Schwartzberg
Herr Carsten Schubert (bis 19.00 Uhr)
Frau Elfriede Wilts

Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 20) und des Schulausschusses (Nr. 13) vom 24.02.2005

Schulausschuss

SPD

Ratsfrau Berendine Bamminger
Beigeordneter Bernd Bornemann
Ratsfrau Helga Grix
Ratsfrau Elfriede Meyer
Ratsherr Kai-Uwe Schulze

CDU

Ratsherr Herbert Buisker
Ratsherr Kurt Hannappel
Ratsherr Reinhard Hegewald

FDP

Ratsherr Rolf Bolinius
Ratsherr Holger Klaassen
Ratsherr Gerhard Schaudinn

Stimmberechtigte sonstige Mitglieder

Herr Werner Koch
Herr Gerhard de Wit
Frau Jessica Murra
Herr Josef Kaufhold
Herr Arthur Kalvelage

(i. V. für Herrn Friedhelm Hollmann)

Nichtstimmberechtigte Mitglieder

Bündnis 90/Die Grünen (Grundmandat)

Ratsherr Wulf-Dieter Stolz

Von der Verwaltung:

Erster Stadtrat Martin Lutz
Fachbereichsleiter Tom Sprengelmeyer
Stadtangestellter Eckard Kühl
Stadtamtmann Robert Lier
Stadtamtsrat Richard Lücht
Stadtamtsrat Thomas Buß
Frauenbeauftragte Okka Fekken
Protokollführerin Karin Jetses

Gäste:

Frau Reg.Schuldirektorin Gisela Bier-Wißmann
Herr Karsten Eick – Leiter der Grundschule Grüner Weg

Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 20) und des Schulausschusses (Nr. 13) vom 24.02.2005

Punkt : 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Bornemann eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt : 2 Feststellung der Tagesordnung

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Punkt : 3 Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Es werden keine Anfragen gestellt.

MITTEILUNGSVORLAGEN

Punkt : 4 Vorlage 14/1594-00
Schulentwicklung im Verständnis von Jugendhilfe und Schule;
- Einführung in das Thema

Herr Sprengelmeyer erläutert, dass die Ansprüche der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Steigerung der Bildungsleistung der nachwachsenden Generationen auf der Grundlage einer institutionellen Verbindung zu gewährleisten seien. Insofern sei es verständlich, wenn unter dem Konsolidierungsdruck der Haushalte die institutionelle Verzahnung von Jugendarbeit und Schule angestrebt werde. Dabei gehe es zunächst einmal darum, dass auch die Schule und die Jugendhilfe sich über die Bildung verständigen. Er erläutert den Begriff „Bildung“. Die Schule könne die individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen und damit die Berücksichtigung ihrer tatsächlichen Lebenslagen allein nicht leisten. Im System „Schule“ kehre sich die Integration von benachteiligten jungen Menschen mit Migrationshintergrund im Ergebnis häufig zur Selektion um und ziehe gravierende Folgen für deren gesellschaftliche Teilhabe und Entwicklungschancen nach sich.

Auch in Emden seien in den letzten Jahren viele Einzelprojekte entwickelt worden, die jedoch mehr oder weniger zufällig geschehen seien. Wichtig seien engagierte Schulleiter, Lehrer, Sozialarbeiter im sozialen Dienst oder der Jugendförderung. Der nachhaltige Erfolg liege aber im wesentlichen in einer gemeinsamen Planung und der politischen Akzeptanz. Eltern und Schüler müssten sehr viel früher in die Diskussion eingebunden werden, um sich Meinungen bilden und später Maßnahmen beschließen zu können. In diesem Sinne solle die heutige Sitzung Auftakt zu einer integrierten Planung von Schulentwicklung und Jugendhilfe sein.

Herr Buß erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation die Grundlagen der Schulentwicklungsplanung (Anlage 1).

Herr Engels erklärt mit Hilfe verschiedener Grafiken die Bevölkerungsentwicklung in den Stadtteilen Emdens. Dabei sei festgestellt worden, dass nicht mehr der Stadtteil Barenburg, sondern der Stadtteil Borssum-Hilmarsum der kinderreichste Stadtteil der Stadt Emden sei. Anhand einer weiteren Grafik erläutert er die Probleme der nicht-deutschen Bevölkerung in den verschiedenen Stadtteilen Emdens (z. B. Sprachprobleme). Es werde sehr deutlich, dass das Gros der nicht-deutschen Kinder in den Stadtteilen Barenburg und Borssum lebe. Ein weiterer Aspekt sei die soziale Armut von Kindern und Jugendlichen. Ca. 30 % der Kinder des Stadtteiles Barenburg lebten von der Sozialhilfe, betont er.

Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 20) und des Schulausschusses (Nr. 13) vom 24.02.2005

Zum Themenbereich „Kriminalprävention und Jugendgerichtshilfe“ erklärt er den Anteil der Tatverdächtigen in den Stadtteilen Emdens. An der Grundschule Grüner Weg sei der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund sehr groß, betont er. Es folge die Barenburgschule und dann die Pestalozzischule. Anhand einer weiteren Grafik erläutert er die Quote der erworbenen und fehlenden Schulabschlüsse an den verschiedenen Schulen Emdens. Bei einer Schuluntersuchung des Landes Niedersachsen im Jahre 2004 an einigen Schulen Niedersachsens sei festgestellt worden, dass Schulversäumnisse, Körperverletzungen, Diebstähle und Gewaltdelikte einen deutlichen Zusammenhang hätten. Emden sei leider an dieser Untersuchung nicht beteiligt gewesen. Eine Möglichkeit, dem entgegenzutreten, sei im Bereich der Jugendhilfeplanung die Maßnahme der Hilfe zur Erziehung. Anhand einer Folie erläutert er das soziale Umfeld der Kinder und Jugendlichen.

Herr Kaufhold erklärt zu den Ausführungen von Herrn Sprengelmeyer, dass die Pädagogen sich aufgrund der Diskussionen um die Schulqualität immer mehr in der Öffentlichkeit darstellen müssten, um Qualitätsmerkmale für alle einsehbar und einsichtig in der Öffentlichkeit zu vertreten. Dies heiße aber auch, dass die Stadt Emden arbeitsfähige Schulen führen müsse. Der Schülerrückgang betreffe besonders die Grundschulen. Wenn Grundschulen kleiner würden, müsste engagiertes Personal abgezogen werden. Dies bedeute für die Lehrer, dass sie sich in ein neues Kollegium einfügen und neu in die Arbeit einbringen müssten. Dies sei auch für die Lehrkräfte eine starke Belastung. Er bitte daher als Vertreter der allgemeinbildenden Schulen darum, die Schulen in einer Größe zu planen, die es ermögliche, ein objektiv pädagogisch gutes Angebot vorzuhalten. Auch die Schulen bräuchten Sicherheit in ihrer Planung und in ihrer Arbeit. Damit sei nicht nur die mittel-, sondern auch die langfristige Planung gemeint.

Herr Hannappel ist der Meinung, dass in erster Linie die Eltern für die Erziehung ihrer Kinder verantwortlich seien. Eine Chancengleichheit könne nur mit gleichen Familienverhältnissen erreicht werden. Er möchte wissen, ob die Familie in die gemeinsame Planung mit einbezogen werde oder ob sogar gegen Eltern, die ihre Pflichten verletzten, irgendwelche Sanktionen in Erwägung gezogen werden sollten.

Herr Lutz erwidert, dass Sanktionen für Eltern, die ihre Kinder nicht in die Schule schickten, gesetzlich geregelt seien. Es müsse jedoch abgewogen werden, inwieweit die Interessen der Eltern bzw. des Kindes vorgingen. Es sei unmöglich, alle Elternpaare in die Diskussion mit einzubeziehen.

Herr Sprengelmeyer weist darauf hin, dass in den verschiedenen Einrichtungen schon Ansätze in veränderter Elternarbeit vorhanden seien. Es fehle jedoch noch das Gesamtkonzept.

Herr Schaudinn erläutert, dass es bis 1996 einen Erlass gegeben hätte, in dem bereits durch Hinweise, Richtlinien und Empfehlungen das Miteinander gesucht worden sei. Im Jahre 2003 sei dies im geänderten Schulgesetz mit übernommen worden. Es sollte langfristig eine Zielplanung gefunden werden.

Herr Bornemann weist darauf hin, dass in Emden aufgrund der Zusammenlegung der beiden Fachbereiche sehr gute Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit vorhanden seien.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 20) und des Schulausschusses (Nr. 13) vom 24.02.2005

- Punkt : 5** Vorlage 14/1595-00
Gemeinsame Projekte von Schule und Jugendhilfe;
- Überblick über die gegenwärtige Situation

Herr Kühl stellt einen Teil der gemeinsamen Projekte von Schule und Jugendhilfe dar. Er erläutert anhand einer Folie, dass Bildung der umfassende Prozess der Entwicklung der Fähigkeiten sei, die den Menschen in die Lage versetzen, Leistungspotentiale zu entwickeln, zu handeln, Probleme zu lösen und Beziehungen zu gestalten. Hierfür seien neben der Institution „Schule“ auch die Familien, die Kindertageseinrichtungen, die Jugendarbeit und die berufliche Bildung zuständig. Er sei der Meinung, dass die Jugendhilfe schon jetzt ein breites Bildungsangebot liefere, bei dem sie in verschiedenen Punkten mit der Schule zusammenkomme. Die Kluft zwischen der Wissensvermittlung in der Schule und dem sozialen Lernen müsse überwunden werden. Er nennt die Stärken der offenen Kinder- und Jugendarbeit:

- Freiwilligkeit
- Selbstorganisation
- Beteiligung
- Mitbestimmung

Er betont, dass gute Schulabschlüsse heute für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen wichtiger seien denn je und erwähnt, dass bei dem Print-Programm (Schulbezogene Sozialarbeit 51.2.2) die Trägerschaft bei der Arbeiterwohlfahrt der Stadt Emden liege.

Frau Kohnen erläutert anhand von Folien das Projekt „Durch Dick und dünn“. Sie verweist auf die vorliegende Broschüre. Das Projekt werde als 5-tägige Projektwoche mit unterschiedlichen Themen für Mädchen in der 7. u. 8. Klasse durchgeführt. Seit Beginn des Projektes seien 26 Projektwochen an fünf Emdener Schulen mit fast 400 Schülerinnen organisiert und durchgeführt worden. Sie erinnert daran, dass eine Projektwoche 750,- € koste. Hiervon trage die Schule 100 €. Für die Finanzierung der Projekte würden ständig Sponsoren gesucht.

Das zweite Projekt sei die „Klasse 2000“. Hierfür liege ebenfalls eine Broschüre vor. Das Projekt „Klasse 2000“ werde in Emden an acht Schulen durchgeführt und koste 260,- € pro Schuljahr. Auch hierfür würden Sponsoren gesucht.

Sie erläutert ein weiteres Projekt an der Fachhochschule, bei dem einmal wöchentlich ein von Studenten begleiteter Unterrichtsanteil stattfindet. An der Schule Grüner Weg sei dieses Projekt insbesondere von den Lehrern sehr gut bewertet worden. Erstmals hätten auch Mitarbeiter der Jugendhilfe, des Sozialen Dienstes, die intensive Betreuung mitgeleitet.

Anschließend erläutert sie ein Pilotprojekt an der Pestalozzischule, welches in Zusammenarbeit mit dem Sozialen Dienst durchgeführt worden sei. Hier seien im letzten Jahr vier Schülerinnen und Schüler, die einen sonderpädagogischen Förderbedarf hätten, an der Schule verblieben. Vorher hätten diese Schülerinnen und Schüler eine Schule für Erziehungshilfe in Großefehn aufsuchen müssen. Sie hoffe, dass es diesen Schülerinnen und Schülern möglich gewesen sei, ihre Probleme in ihrer Klasse mit der pädagogischen Unterstützung weitestgehend „abzuarbeiten“. Anschließend erläutert sie den Flyer „Arbeitskreis Schule und Jugendhilfe Emden“. Wichtig sei, dass mittlerweile 16 von 21 Schulen in dem Arbeitskreis vertreten seien. Der Arbeitskreis treffe sich viermal jährlich.

Herrn Hanappel ist aufgefallen, dass verschiedene Projekte von den Elternräten an die Schulen bezahlt würden. Er erkundigt sich, ob die Stadt Emden bei solchen Aktivitäten einen kleinen Betrag dazusteuern könne.

Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 20) und des Schulausschusses (Nr. 13) vom 24.02.2005

Herr Stolz meint, dass das bisher Vorgetragene nicht der Realität entspreche. Z. B. sei eine Schulstrukturreform durchgeführt worden, ohne vorher über solche Projekte nachzudenken. Und auch die durchgeführten Projekte seien längst nicht so erfolgreich, wie es hier dargestellt worden sei. Er vermisse ganz deutlich Mitteilungen über Fehler und Versäumnisse bei den Projekten. Z. B. werde bei dem Projekt „Durch Dick und Dünn“ kein Projekt für die Jungen angeboten. Außerdem gäbe es kein Gesamtkonzept, sondern nur Einzelmaßnahmen. Er bemängelt, dass weiterhin am Schulkiosk Süßigkeiten verkauft würden. Dieses punktuelle Arbeiten mit Projekten habe s. E. nur eine „Feigenblatt-Funktion“. Er bitte dringend um eine kritische Selbstbewertung der Projekte, denn in der heutigen Sitzung handele es sich lediglich um die Beschönigung eines schlechten Ist-Zustandes.

Herr Sprengelmeyer argumentiert, die Fachdienste seien durchaus sehr selbstkritisch in den Analysen. Klar sei, dass das entsprechende Jungenprojekt zu „Durch dick und dünn“ noch fehle, allerdings müsse dies auch zu finanzieren sein. Er bemerkt, dass die Einzelprojekte allein auf der Initiative einzelner engagierter Gruppen entstanden seien. Gezeigt werden sollte mit der heutigen Sitzung, dass es durchaus sehr viel Engagement in seiner Gesamtheit gebe. Der Sinn dieser Sitzung sei es, auf Verbesserungen hinzuweisen. Eine große Aufgabe werde es sein, die verschiedenen Systeme von Jugendarbeit zusammenzufügen, die eigentlich z. B. von Freiwilligkeit lebe. Hier werde die Politik eine ganz entscheidende Rolle spielen.

Herr Kaufhold ergänzt, s. E. seien Freiwilligkeit, Selbstständigkeit und Schule absolut kein Widerspruch. Er berichtet über die Begeisterung der Schülerinnen und Schüler bei den einzelnen Arbeitsgemeinschaften. Schon Grundschüler würden die Ausleihe von Spielgeräten u. ä. organisieren. Zu Freiwilligkeit und Selbstständigkeit würden die Schülerinnen und Schüler in der Schule erzogen und diese würden von den Kindern auch angenommen.

Herr Hannappel erinnert an seine gestellte Frage.

Herr Kühl antwortet, dass die Stadt Emden im bescheidenen Rahmen z. B. über die kommunale Prävention oder aus Veranstaltungsmitteln der Jugendförderung in der Lage sei, Restbeträge für das eine oder andere Projekt auszugleichen.

Herr Sprengelmeyer ergänzt, dass sich verschiedene städtische Stellen (z. B. die Frauenbeauftragte) mit ihren Mitteln durchaus an den Projekten beteiligen würden. Er erinnert daran, dass vieles von dem Vorgestellten eigentlich einer politischen Entscheidung bedürft hätte.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 6 Vorlage 14/1596-00
Pädagogische Konzepte von Ganztagschulen am Beispiel der Schule
Grüner Weg

Herr Buss erläutert die Vorlage 14/1596-00.

Frau Bier-Wissmann erklärt, dass die Ausführungen von Herrn Buss zu den verweigerten zusätzlichen Lehrerstunden für die Pestalozzischule nicht ganz korrekt seien:

Der Geistig-Behinderten-Bereich sei bereits Ganztagschule gewesen. Hier ständen 25,2 zusätzliche Lehrerstunden wöchentlich zur Verfügung. Lediglich bei der Bewilligung der Ganztagschule für Lernhilfe seien keine zusätzlichen Lehrerstunden bewilligt worden. Sie

Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 20) und des Schulausschusses (Nr. 13) vom 24.02.2005

erläutert, dass der Ganztagsbetrieb für die geistig behinderten Kinder z. Zt. an einem Tag in der Woche stattfindet.

Herr Renken erkundigt sich, ob es möglich sei, zur Barenburgschule ebenfalls die Teilnehmerzahl der Schülerinnen und Schüler an der Ganztagschule anzugeben.

Herr Sprengelmeyer antwortet, dass nicht beabsichtigt worden sei, hier eine Vergleichbarkeit zwischen den drei Ganztagschulen herzustellen. Es gehe hier lediglich um das pädagogische Konzept.

Herr Eick erläutert, dass die Schule Grüner Weg seit mehr als 7 Jahren die einzige Ganztagschule Ostfrieslands sei. Zu den Ausführungen von Herrn Kaufhold ergänzt er, dass die Schule Grüner Weg einen dramatischen Rückgang der Schülerzahlen zu verzeichnen habe:

1998	453 Schülerinnen und Schüler
2005	228 Schülerinnen und Schüler

Er beschreibt das Einzugsgebiet der Schule Grüner Weg und gibt aus seiner Sicht einige Grundsätze zur Einrichtung einer Ganztagschule:

- a) Die Einrichtung einer Ganztagschule könne nicht verordnet werden. Sie bedeute für alle Verantwortlichen eine große Herausforderung, viel Arbeit, Engagement, Flexibilität und Ausdauer.
- b) Die Ganztagschule heiße, ein pädagogisches Konzept in Gang zu setzen, der nie aufhöre und der von allen Kolleginnen und Kollegen getragen werden müsse.
- c) Es gebe keine Patentrezepte für die Einrichtung einer Ganztagschule.
- d) Jede Ganztagschule müsse ein dem Schulprofil entsprechendes individuelles Konzept mit klaren Zielvorgaben aufweisen.
- e) Eine Ganztagschule gebe es nicht zum „Nulltarif“. Personelle und rechtliche Ressourcen müssten stimmen.
- f) Kooperationspartner seien sehr wichtig, aber ohne Lehrkräfte am Nachmittag sei die Ganztagschule nicht realisierbar.
- g) Eine Ganztagschule dürfe sich nicht zu einer reinen „Schülerbewahrungsanstalt“ entwickeln.
- h) In einer Ganztagschule sollten sich Schüler, Lehrer und Mitarbeiter/innen wohlfühlen.

Der letzte Punkt sei für die Schule Grüner Weg Ausgangspunkt gewesen, um eine Ganztagschule zu werden. Das Kollegium hätte unter einem Leidensdruck gestanden. Auch heute noch seien mehr als 50 % der Kinder der Schule Grüner Weg nicht-deutscher Herkunft. Diese Kinder lebten am Rande des Existenzminimums (Hartz IV). Erschwerend kämen noch die alleinerziehenden Mütter hinzu; die Tendenz sei steigend. Einen Dank spricht er der damaligen Bezirksregierung aus, die das Ganztagskonzept unterstützt hätte. Damals hätte die Schule Grüner Weg aufgrund ihrer Problematik 54 zusätzliche Stunden in der Unterrichtsversorgung erhalten. So konnten am Nachmittag eine Hausaufgabenbetreuung und Freizeitangebote zur Verfügung gestellt werden. An manchen Tagen hätten bis zu 80 Kinder aller Schulformen an diesen Angeboten teilgenommen. Lediglich Lehrkräfte hätten die Betreuung durchgeführt. Das Ziel der Schule Grüner Weg sei es gewesen, den Kindern bessere Chancen zu ermöglichen.

Nach fünf Jahren hätte die Bezirksregierung die zusätzlichen Stunden von 54 auf 16 Stunden reduziert. Die Bezirksregierung hätte damals empfohlen, sich die fehlenden Stunden von anderen Schulen zu holen. Er betont, dass ein Großteil der Kinder der Schule Grüner Weg keine warme Mahlzeit am Tag bekomme und viele Kinder ohne Frühstück zur Schule kämen. Es sei daher sehr wichtig gewesen, den Schritt zu wagen, eine Ganztagschule zu werden.

Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 20) und des Schulausschusses (Nr. 13) vom 24.02.2005

Er betont, dass es wichtig sei, für eine Ganztagschule schrittweise ein Konzept vorzubereiten. Die Schule Grüner Weg habe vor sieben Jahren versucht, mit eigenen Mitteln eine Ganztagschule zu simulieren. Der Erfolg habe der Schule Grüner Weg damals schon recht gegeben. Auf diese Art und Weise konnte der Beschluss damals einstimmig gefasst werden.

Voraussetzungen für eine Ganztagschule seien

- die Hausaufgabenbetreuung
- das Mittagessen
- die Freizeitangebote

So könne eine Betreuung von 7.45 bis 15.15 Uhr garantiert werden. Dies sei für die Kinder sehr wichtig. Zur Zeit nähmen über 100 Kinder wöchentlich das Ganztagsangebot in Anspruch. Dies koste Personal und Stunden. Er bedankt sich bei Frau Bier-Wißmann für ihre Unterstützung an diesem Projekt.

Bezüglich des Mittagessens teilt er mit, dass ein Mittagessen 1,50 € koste. Da viele Eltern das Mittagessen nicht bezahlen könnten, hätten die Kinder auch die Möglichkeit, ihr Mittagessen zu Hause einzunehmen, um dann am Nachmittag an den Betreuungsangeboten teilzunehmen. Er weist darauf hin, dass Sozialhilfeempfänger 0,75 € pro Mittagessen zahlen müssten und bemängelt das Verhalten der sog. „Picknickkinder“, die mit Cola, Chips u. ä. zur Schule kämen. Er sehe die Gefahr, dass die Eltern aufgrund einer zu erwartenden Nachzahlung zum Ende des Schuljahres ihre Kinder vom Ganztagsbetrieb abmelden müssten. Dies wäre dramatisch für die Schule Grüner Weg.

Anschließend erläutert er die einzelnen Kooperationspartner der Schule Grüner Weg. Ein großes Problem sei die Verzahnung zwischen dem Vormittag und dem Nachmittag, betont er. Es könne nicht sein, dass Unterricht nur am Nachmittag stattfinde, weil die Zeit am Vormittag nicht dafür ausreiche.

Zudem spreche es für die Ganztagschule, dass lediglich 20 Kinder für die vor zwei Jahren eingerichtete verlässliche Grundschule und 102 Kinder für die Ganztagschule angemeldet worden seien. Das Modell der Schule Grüner Weg sei nicht mit den anderen Modellen zu vergleichen, weil die Schule Grüner Weg ihren Weg mit Umwegen erreicht hätte. Er betont, dass der Prozess nie aufhöre und im Laufe der Jahre mit Sicherheit noch das eine oder andere verändert werde.

Herr Bornemann bedankt sich bei Herrn Eick für die klaren Worte, denn er hätte allen Anwesenden ins Gedächtnis gerufen, dass „Ganztagschule“ nicht nur ein Schlagwort sei, sondern konkrete, engagierte Arbeit bedeute. Ohne das persönliche Engagement von Herrn Eick wäre die Einrichtung einer Ganztagschule an der Grundschule Grüner Weg nicht möglich gewesen.

Frau Fekken hat feststellen müssen, dass „Ganztagschule“ kein allgemeingültiger Begriff sei. Im Bezug auf die Pestalozzischule sei aufgeführt worden, dass diese Schule schon seit 15 Jahren eine Ganztagschule sei. Es wundere sie, dass für den geistig-behinderten Bereich zwar ein langer Tag bis 15.30 Uhr angeboten werde, aber auf der anderen Seite die Schule noch nicht mal verlässlich sei. Gerade im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gingen sehr viele Leute von einer pädagogischen Ganztagsbetreuung aus. Die Eltern sollten aufgeklärt werden, was der Gesetzgeber unter Ganztagschule verstehe. Wenn eine Ganztagschule dies durch die Lehrerstunden gar nicht abdecken könne, dann verdiene sie auch nicht den Namen „Ganztagschule“.

Herr Eick macht deutlich, dass eine Ganztagschule keine Kinderbewahrungsanstalt werden sollte. Er erinnert an die Reduzierung von 20 Lehrerstunden an seiner Schule und weist darauf hin, dass der Trend dahin gehe, den Nachmittag von Eltern bzw. von Ein-Euro-Jobs-

Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 20) und des Schulausschusses (Nr. 13) vom 24.02.2005

Beteiligten gestalten zu lassen. Die Verantwortung für die Ganztagschule hätten die Lehrkräfte. An seiner Schule seien abgesehen von den unterstützenden Kräften mindestens 4 – 5 Lehrkräfte am Nachmittag anwesend. Die Köchin sei eine festangestellte Kraft, die gesundes Essen und kein Fast-food für die Kinder anbiete. Die Küche entspreche leider nicht den Vorschriften und die Schule Grüner Weg sei guter Hoffnung, demnächst in einer vernünftigen Küche kochen zu können. Er spricht die Möglichkeit des gemeinsamen Essens für die Barenburger Kinder und die Schüler/innen der Schule Grüner Weg an.

Herr Mecklenburg schließt sich den Ausführungen von Herrn Eick und Frau Fekken an. Ohne personelle Mittel seitens der Schulbehörde sei die Einrichtung einer Ganztagschule unmöglich, sonst könne nur eine allgemeine unverbindliche Betreuung angeboten werden. Er erinnert daran, dass die ganze Diskussion durch die Pisa-Studie „angestoßen“ worden sei. Im Vergleich zu den Ganztagsangeboten anderer Länder könnten erhebliche Diskrepanzen festgestellt werden. Seines Wissens seien die Zuschüsse, die von der Bundesregierung den Schulträgern zur Verfügung gestellt würden, an ganz bestimmte Bedingungen geknüpft. So müsse das Ganztagsangebot über einen bestimmten Zeitraum vorgehalten werden. Er erkundigt sich, ob bei einem Scheitern der Ganztagschulen Mittel zurückgezahlt werden müssten und begrüßt es, dass mit diesen Mitteln große Summen in die Schulen investiert werden könnten. Leider trage die Landesregierung nicht mit entsprechenden personellen Möglichkeiten zu dem Erfolg einer Ganztagschule bei.

Herr Kaufhold betont, wie wichtig die pädagogische Arbeit besonders in „Brennpunktgebieten“ sei. Im Vorfeld dieser Sitzung sei an anderen Schulen auch über die Einführung der Ganztagschule diskutiert worden. Es sei immer wieder gefragt worden, warum es so wenig Anträge auf Einführung einer Ganztagschule in Emden gäbe. Er behauptet, dass die meisten Schulen hier in Emden weder räumlich noch ausstattungsmäßig dazu in der Lage seien, eine Ganztagschule durchzuführen. Er bittet in diesem Zusammenhang um einen Bericht über die Umbauten an der Schule Grüner Weg und der Barenburgschule.

Herr Sprengemeyer schließt sich den Ausführungen von Herrn Kaufhold an. Wenn Gelder geflossen seien, müssten die Bedingungen auch erfüllt werden. Insgesamt würden 20 Mio. € investiert. Davon trage die Stadt Emden 10 %. Darin sei die Investition der jetzt im Bau bzw. in der Antragsphase befindlichen Ganztagschulen enthalten.

Herr Eick erklärt zu den Ausführungen von Herrn Kaufhold, dass die Schule Grüner Weg anfangs mit einer gewissen Bescheidenheit begonnen habe und dass Kompromisse eingegangen werden mussten. Mit Beharrlichkeit und Ausdauer und einer guten Zusammenarbeit mit der Stadt Emden sei das Projekt gelungen. Trotz der sinkenden Schülerzahlen konnten alle Räumlichkeiten behalten werden. Es sei Zug um Zug dafür gesorgt worden, dass dieser Raum nicht an eine andere Schule gehe.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 7 Vorlage 14/1597-00
Bewegungsarme Welt - Auffällige Kinder

Frau Lamschuss erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation die gravierenden gesundheitlichen Auswirkungen der bewegungsarmen Welt der Kinder.

Herr Sprengelmeyer erinnert daran, dass das Ganze auf der Grundlage des in Auftrag gegebenen Gesundheitsberichtes entstanden sei. Nur aufgrund der sich anschließenden Berichte und Diskussionen sei dieses Konzept entstanden. Jetzt sei es wichtig, diese Gruppe in

Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 20) und des Schulausschusses (Nr. 13) vom 24.02.2005

die bestehenden Planungsgruppen von Schule oder Jugendhilfe einzubeziehen. Er hoffe auf eine nachhaltige Wirkung des Vorgetragenen.

Herr Stolz beklagt die hohe Prozentzahl der Kindern mit Haltungsschäden. Dabei gehe es nicht nur um die Körperhaltung, denn diese stehe eng zusammen mit der inneren Haltung. Wer „gut drauf“ sei, habe eine ganz andere Haltung als jemand, der „schlecht drauf“ sei. Er frage sich immer wieder, was den Kindern angetan werde, dass sie so früh so gebeugt durch das Leben laufen würden. Entscheidend sei, wie mutig man sei, die Struktur in Frage zu stellen, die die Kinder so aufwachsen lasse. Er verweist u. a. auf die unpassenden Stühle in den Schulen, den fehlenden Turnhallen und die kinderfeindlichen Straßen. Seines Erachtens müsse in erster Linie das Entstehen dieser körperlichen und seelischen Mängel verhindert werden.

Herr Buisker erläutert, dass 10 – 30 % der Kinder bei diesen Kriterien immer auffällig gewesen seien. Er möchte aufgrund der Überschneidungen wissen, wie viele Kinder unauffällig seien und wo die Auffälligkeit beginne.

Frau Lamschuss erwidert, dass es ganz bestimmte Bewertungskriterien z. B. im Bereich der Feinmotorik oder der Sprache gäbe. Hier gäbe es milde oder auffällige Befunde. Bezüglich der Überschneidungen in den einzelnen Problemfeldern gebe sie Herrn Buisker recht. Diese Auswertung werde sie beim nächsten Mal noch detaillierter darstellen.

Herr Hegewald möchte wissen, wie die Stadt Emden im Vergleich zu anderen Städten abgeschnitten habe.

Frau Lamschuss erläutert die Prozentzahlen der Stadt Emden (auffällige Befunde im Bereich Sprache, Übergewicht, Grobmotorik, Feinmotorik und Haltungsschäden) im Vergleich zum Durchschnitt des Weser-Ems-Bereiches (siehe Anlage 2). Bei den Auffälligkeiten der Kinder alleinerziehender Mütter liege die Stadt Emden prozentual mit 16,1 % „an der Spitze“.

Herr Eick ergänzt, dass die Grundschule Grüner Weg ebenfalls an der Spitze liege und dies mit ein Grund für die Einrichtung der Ganztagschule gewesen sei. Zu den Ausführungen von Herrn Stolz erklärt er, wichtig sei, dass nicht nur die Anwesenden des heutigen gemeinsamen Ausschusses, sondern auch die verantwortlichen Landes- und Bundespolitiker eine andere Haltung einnehmen müssten. Die Kinder müssten mehr in den Blickpunkt gerückt werden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 8 Vorlage 14/1598-00
Weiteres Vorgehen

Herr Sprengelmeyer meint, dass eine Veränderung der momentanen Situation nur mit einem Umdenken und Neudenken erreicht werden könne. Z. B. müsse bei einer Verbindung von Schule und Jugendhilfe auch über das Budget nachgedacht werden. Auch müsse darauf geachtet werden, dass verlässliche Strukturen eingeführt würden. Insbesondere sei zu hinterfragen, wie die Position des Arbeitskreises „Schule und Jugendhilfe“ sei. Er teilt mit, dass sich die Stadt Emden diesen Themen vorsichtig nähern werde. Z.B. werde am 25.02.2003 ein Workshop mit dem Jugendhilfeausschuss stattfinden, bei dem die Schulentwicklung aus Sicht der Jugendhilfe ein Thema sei. Entscheidend werde sein, wie die verschiedenen Systeme von Schule, Jugendhilfe und – arbeit zusammen gebracht werden könnten. Gerade im Schulbereich sei die Stadt Emden immer abhängig von der Bundes- und Landespolitik. Hier

Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 20) und des Schulausschusses (Nr. 13) vom 24.02.2005

handele es sich um eine „Mischfinanzierung“, da die Kommune nur bestimmte Gestaltungsmöglichkeiten habe.

Er verweist auf ein Zukunftsprojekt der Arbeitsgemeinschaft der Jugendhilfe „Gemeinsame Gestaltung von Lern- und Lebenswelten – Zusammenspiel von Kindern und Jugendhilfe und Schule im Sozialraum“. An dieser kostenlosen Veranstaltung, die am 21. und 22.04.2005 in Berlin stattfindet, könnten auch die Ausschüsse teilnehmen. Es müssten lediglich die Fahrt- und Unterkunfts-kosten organisiert werden. Er verspricht, den Ausschussmitgliedern die entsprechenden Unterlagen zukommen zu lassen.

Herr Buisker erkundigt sich, ob an dem Workshop des Jugendhilfeausschusses am 25.02.2005 auch Mitglieder des Schulausschusses teilnehmen dürften.

Herr Sprengelmeyer erklärt, dass lediglich Mitglieder des Jugendhilfeausschusses an dem Workshop teilnehmen könnten. Als vertretendes Mitglied hätte er jedoch die Möglichkeit, an dem Workshop teilzunehmen.

Herr Grix erläutert, dass er den heutigen Ausführungen im Grundsätzlichen folgen könne. Er vermisse jedoch Vorträge darüber, wie die Einbeziehung von Eltern oder Erziehungsberechtigten verstärkt werden könne. Er teilt mit, dass der Etat der Jugendhilfe über Jahre weder gekürzt noch erhöht worden sei und schließt sich den Ausführungen von Herrn Stolz an. Bei den vorgestellten Projekten sei bisher das hohe Engagement der Bürger der Ausgangspunkt gewesen. Er würde es bedauern, wenn dies zukünftig vernachlässigt werden sollte. Seines Erachtens sollte das Fundament einer außerschulischen Bildungsarbeit zur Entwicklung von Sozialkompetenz zu einem Großteil von Vereinen und Verbänden errichtet werden (z. B. die Kirchen). Hier sollte auch Unterstützung geboten werden.

Herr Lutz korrigiert die Ausführungen von Herrn Grix. Er erklärt, dass durchaus Beträge für die Jugendhilfe bereitgestellt worden seien. Er weist darauf hin, dass alle anderen Stellen der Stadt Emden eingespart hätten, so dass die Verwaltung mit ihren Beträgen unter dem Soll von 2002 liege.

Herr Grix widerspricht dem. Viele Maßnahmen seien zwangsweise aufgrund der Entwicklung entstanden (z. B. bei den Heimunterbringungen). Wahrscheinlich wäre es günstiger geworden, diesen Familien einen Sozialarbeiter zur Verfügung zu stellen. Er meint, dass die Steigerungen ein Produkt dieser Gesellschaft seien. Allerdings sei im präventiven Bereich einiges vernachlässigt worden.

Herr Sprengelmeyer ist davon überzeugt, dass mit der geballten Kompetenz doch etwas Gutes erarbeitet werden könne.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 9 mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Sprengelmeyer erklärt zum Thema „Eigenverantwortliche Schule“, dass hierzu verschiedene Veranstaltungen mit hiesigen Schulen stattgefunden hätten. Seiner Meinung nach sei es sehr wichtig, die „eigenverantwortliche Schule“ zum 01.01. bzw. 01.02.2006 zu realisieren. Er würde eine Veröffentlichung dieser Sache begrüßen. Er weist darauf hin, dass die Beteiligung bei der Firma „Bertelsmann“ es der Verwaltung ermöglichen werde, die Einführung der eigenverantwortlichen Schule extern begleiten zu lassen, ohne dass von der Kommune etwas dazufinanziert werden müsste.

Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Nr. 20) und des Schulausschusses (Nr. 13) vom 24.02.2005

Punkt : 10 Anfragen

1. Eingangstür des Ratssaales

Herr Hannappel erkundigt sich, ob die quietschende Eingangstür des Ratssaales geölt werden könne.

2. Sachstandsbericht der Cirksenaschule

Anschließend wird festgestellt, dass es in der Cirksenaschule immer noch erhebliche Probleme gäbe, die noch nicht abgestellt werden konnten. Bezüglich dieser Schwierigkeiten sollten auch die Lehrer befragt werden.

3. Stundenausfall an der Cirksenaschule

Es wird erläutert, dass die Lehrer/innen in der letzten Zeit zum Teil sehr lange krank oder aus anderen Gründen nicht in voller Zahl anwesend gewesen seien. Es wird um Berichterstattung gebeten. Die Kinder hätten ein Anrecht auf optimales Wissen. Dieses könne so nicht gewährleistet werden.

Herr Sprengelmeyer erwidert, dass die Verwaltung im Kontakt mit der Schule sei. Das Problem sei im Zusammenhang mit der Schulstrukturreform zu sehen. Mit dem Wegfall aller 5. u. 6 OS-Klassen würden Problemfälle zusammengezogen und sich jetzt auf zwei 5. und zwei 6. Klassen verteilen. Er sagt einen Bericht in nächster Zeit zu. Zu den Fehlzeiten der Lehrer teilt er mit, dass die Verwaltung hierauf keinen Einfluss habe, da es sich um Landesbedienstete handele.

4. Schlecht beheizter Ratssaal

Herr Grix bemängelt den schlecht beheizten Ratssaal und bittet um Abhilfe. Er erinnert an die Arbeitsstättenverordnung, nach der eine bestimmte Temperatur vorgeschrieben sei.

Herr Lutz erwidert, dass es seit zwei Tagen erhöhte Probleme mit der bestehenden Heizungsanlage gäbe. Er erklärt, dass es auf der „Wetterseite“ grundsätzlich kälter sei. Zudem sei zu Beginn des Jahres eine neue Heizungssteuerung installiert worden, die auch etwas bewirkt hätte. Er hoffe, dass der Leiter des FD Gebäudemanagement das Problem „in den Griff“ bekomme.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.